

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr die nachfolgende

Resolution

betreffend

Faktenbasierte Sachpolitik im Umgang mit dem Umbruch in Syrien

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich auch mit Blick auf jene Menschen syrischer Herkunft, die auf der Wieden leben, für einen auf Fakten beruhenden politischen Umgang mit dem Umbruch in Syrien aus. Insbesondere ist Sachlichkeit in der Diskussion angezeigt und sind voreilige Beurteilungen der Lage sowie darauf basierende Maßnahmen zu vermeiden.

Begründung

Der Sturz des syrischen Diktators Assad, dessen Herrschaft zum Symbol eines blutigen Bürgerkriegs und massiver Menschenrechtsverletzungen geworden ist, hat bei vielen Menschen syrischer Herkunft Freude und Hoffnung ausgelöst.

Zugleich bietet die unklare weitere Entwicklung und die Stoßrichtung von Teilen der neuen Machthaber Grund zu größter Besorgnis.

Der neue Premierminister hat Millionen geflüchteter Syrerinnen und Syrer zur Rückkehr aufgefordert und sowohl in der Türkei als auch in Europa hat dies populistische Stimmen befeuert, die ein Fortbestehen von Asylgründen für vor Krieg und Verfolgung Geflüchtete generell in Abrede stellen wollen.

Die politische Lage in Syrien bleibt jedoch instabil und in verschiedenen Teilen des Landes werden weiterhin Kämpfe der unterschiedlichen Bürgerkriegsparteien unter Involvierung ausländischer Truppen fortgesetzt.

Der neue Justizminister hat nach Meldungen internationaler Medien als erste Maßnahme verfügt, dass Richterinnen ihr Amt nicht mehr ausüben dürften und alle Fälle an männliche Kollegen abzugeben seien¹. Damit deutet sich als mögliches Szenario an, dass sich Syrien von

¹ <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-syrien-102.html>



Bezirksorganisation Wieden

einem diktatorischen, aber weitgehend säkularen Staat zu einer islamistischen Diktatur nach afghanischem Vorbild entwickeln könnte.

Es ist in diesem Stadium nicht absehbar, wie sich die politische Lage in Syrien weiterentwickelt. Die Europäische Union (EU) ist gefordert, eine politische Strategie zu entwickeln, um auf eine menschenrechtskonforme Entwicklung der Lage in Syrien hinzuwirken und so die Voraussetzungen für die Heimkehr von Millionen Flüchtlingen zu schaffen.

Es darf keine Option sein, die durch jahrelangen Bürgerkrieg und dramatische Fluchtgeschichten oftmals schwer belasteten Menschen zum Spielball außen- aber vor allem auch innenpolitischer Auseinandersetzungen zu machen. Die Bezirksvertretung spricht sich daher für einen auf Fakten beruhenden sachlichen Umgang mit den politischen Entwicklungen in Syrien und gegen deren voreilige Beurteilung aus.